



# Mitteilungsblatt der Gemeinde Raidwangen

Amtl. Bekanntmachungen von der Gemeindeverwaltung. Herausgeber VERLAG WAGNER GmbH, 7000 Stuttgart.  
Verlag u. Druck: Verlag Wagner GmbH, 7 Stuttgart 1, Postfach 542, Telefon: 23 29 03 (0711).  
Verantwortlich für den Inhalt: G. Wagner, Stuttgart. Anzeigenschluß jeweils montags.

7. Jahrgang / d

Donnerstag, den 16. September 1971

Nummer 38

## Amtliche Bekanntmachungen

### Bekanntmachung über die Volksabstimmung in Baden-Württemberg am 19. September 1971

Die Bekanntmachung ist an der Verkündungstafel im Rathaus angeschlagen.

#### Aufruf zur Volksabstimmung am 19.9.1971

Die Entscheidung des Landtags von Baden-Württemberg, die Kreise Esslingen und Nürtingen zusammenzuschließen und den Kreissitz nach Esslingen am Neckar zu legen, hat viele Kreise der Bevölkerung und insbesondere die Gemeinden überrascht, zumal in der zweiten Lesung Nürtingen als Kreissitz vorgesehen war. Die Haltung zahlreicher Abgeordneter muß als enttäuschend bezeichnet werden, weil wirklich keine neuen Sachargumente mehr vorgebracht wurden, die geeignet gewesen wären, die Meinungsbildung des Landtags zu ändern.

Für die Städte und Gemeinden des Landkreises Nürtingen ist unschwer abzusehen, wie die künftige Entwicklung ihres Raumes im Rahmen des Großkreises Esslingen verlaufen wird. Bedauerlich ist, daß durch eine politische Entscheidung der ausgewogene, finanziell und strukturell gesunde Kreis Nürtingen mit seinen mustergültigen öffentlichen Einrichtungen zerschlagen wird, obwohl er durchaus neben den anderen Kreisen unseres Landes hätte bestehen können und ihnen auf allen Sektoren ebenbürtig ist.

Die Gemeinden sollten diese Entscheidung, die nicht sachlich fundiert erscheint, nicht ohne weiteres hinnehmen, zumal heute schon erkennbar ist, daß die Entwicklung im Raum Esslingen so verlaufen wird, daß sich das Problem einem künftigen Landtag erneut stellt.

Die Bevölkerung unseres Landkreises hat am 19. September 1971 die Möglichkeit, ihrer Meinung Ausdruck zu geben. Es erscheint daher angebracht, sie darauf mit allem Nachdruck hinzuweisen. Wenn man sich auch darüber im klaren sein muß, daß es nicht zu einer Auflösung des Landtags kommen wird, so kann doch die Stimme der Bevölkerung der man bisher so wenig Bedeutung zugemessen hat, erneut laut werden. Die Herren Abgeordneten wären gut beraten, auf diese Stimme zu hören. Man sollte die Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, pfleglicher behandeln, damit nicht von einer „Diktatur des Parlaments“ gesprochen werden kann.

Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung den einstimmigen Beschluß gefaßt, auch die hiesigen Bürger aufzurufen, zur Volksabstimmung zu gehen und mit „Ja“ für die Auflösung des Landtages zu stimmen.

Gemeinderat und Bürgermeister  
der Gemeinde Raidwangen

### Bebauungsplan „Buizenbühl“

Der Gemeinderat hat am 16.6.1971 den Bebauungsplan „Buizenbühl“ nach dessen öffentlicher Auflegung als Satzung beschlossen. Das Landratsamt Nürtingen hat den Bebauungsplan mit Erlaß U V 612.21/Ru/Gr vom 17. August 1971 genehmigt. Der Bebauungsplan liegt vom 17. September 1971 bis 1. Oktober 1971, je einschließlich, während der üblichen Dienststunden auf dem Rathaus aus. Er wird mit dieser öffentlichen Bekanntmachung rechtsverbindlich.

### Gemeinde Raidwangen

#### Wahlbekanntmachung für die Wahl der Gemeinderäte und Kreisverordneten

- I. Die Wahl der Gemeinderäte und Kreisverordneten findet am Sonntag, dem 24. Oktober 1971 statt.
- II. Die Abstimmungszeit dauert von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 18 Uhr.
- III. Die Gemeinde bildet einen Stimmbezirk.  
Der Wahlraum befindet sich im Rathaus, Kindergartenraum, Hauptstraße 2.
- IV. Bei der Wahl werden 5 Gemeinderäte auf die Dauer von drei Jahren gewählt.
- V. Die Parteien und Wählervereinigungen die sich an der Wahl der Gemeinderäte beteiligen wollen, werden aufgefordert, ihre Wahlvorschläge bis spätestens Donnerstag, den 23. September 1971, 18 Uhr beim Bürgermeister einzureichen.

Für die Form und den Inhalt der Wahlvorschläge gilt folgendes:

1. Der Wahlvorschlag soll die Wählervereinigung nach ihrem Parteinamen oder einem sonstigen unterscheidenden Merkmal, das in einem Kennwort ausgedrückt ist, kenntlich machen. Das gewählte Kennwort darf weder den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen noch eine Verletzung der guten Sitten enthalten.
2. Jeder Wahlvorschlag darf nur soviel Bewerber enthalten, wie Gemeinderäte zu wählen sind. Die Verbindung von Wahlvorschlägen ist unzulässig. Die Bewerber müssen selbst wählbar sein. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge mit Familien- und Rufnamen, Stand oder Beruf, Geburtstag, Wohnort und Wohnung so anzuführen, daß über ihre Person kein Zweifel besteht. Als Beruf ist die gegenwärtig hauptberuflich ausgeübte Tätigkeit anzugeben. Die Wahlvorschläge dürfen für jeden Bewerber nur eine Stimme vorsehen.
3. Wählbar in den Gemeinderat ist, wer am Wahltag
  - a) Deutscher im Sinne von Art. 116 des Grundgesetzes ist,
  - b) das 21. Lebensjahr vollendet hat,
  - c) seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde wohnt und hier seinen Hauptwohrt hat.